

Bundesratsinitiative: Fernverkehr auch in der Fläche

23.7.2026 - | Bayerische Staatsregierung

Nach Entscheidung der Bundesnetzagentur: Negative Folgen müssen abgewendet werden.

- **Bayern startet Bundesratsinitiative für Bahnverkehr in der Fläche**
- **Bernreiter: „Neuregelung der Trassenvergabe darf nicht auf Rücken der Bahnkunden ausgetragen werden!“**

Bayern braucht Bahn: Insbesondere auch abseits der Metropolen sind viele Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag auf ein gutes und bezahlbares Angebot auf der Schiene angewiesen. Durch eine aktuelle Entscheidung der Bundesnetzagentur zur Trassenvergabe drohen nun negative Folgen - Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter sagt: „Auslöser ist die Entscheidung der Bundesnetzagentur, neuen Anbietern den Zugang zum Fernverkehr im deutschen Bahnnetz zu erleichtern. Wichtig ist, dass die Mobilität abseits der Metropolen nicht unter die Räder kommen darf. Bayern wird daher nun eine Bundesratsinitiative zur Sicherung der Fernverkehrshalte und des Schienenpersonennahverkehrs sowie einer fahrgastorientierten Tarifregelung auf den Weg bringen. Der Bund muss Rahmenbedingungen schaffen, die das Bahnsystem als Ganzes in Deutschland voranbringen und nicht nur einzelne Bereiche.“

Der Bayerische Ministerrat hat diese Woche die von Minister Bernreiter vorgeschlagene Bundesratsinitiative gebilligt. Diese soll nun nach der Sommerpause vom Minister selbst im Bundesrat vorgestellt werden. Minister Bernreiter hierzu: „Mit unserer Bundesratsinitiative geht Bayern voran. Wir wollen – idealerweise im Schulterschluss mit vielen anderen Ländern – deutlich machen, dass die aktuellen Entwicklungen und Änderungen zu kurz gedacht sind und deutlich weiter greifende Anpassungen notwendig sind.“

Aktuell planen mehrere private Eisenbahnverkehrsunternehmen Verbindungen zwischen deutschen Metropolen neu mit ihren Zügen anzubieten. So will der private italienische Fernverkehrsanbieter Italo in der ersten Jahreshälfte 2028 auf den beiden Hochgeschwindigkeitsverbindungen von München nach Berlin und von München nach Köln und Dortmund einsteigen. Italo hatte sich über die aktuelle Trassenvergabe des Netzbetreibers DB InfraGO AG beschwert und mehrjährige Garantien für die Trassennutzung gefordert. Die Bundesnetzagentur hat hierzu am 17. Juli 2026 festgestellt, dass die aktuelle Praxis bei der Trassenvergabe nicht rechtmäßig ist: Die DB InfraGO AG muss zukünftig Mindestkontingente von 25 bis 40 Prozent für Konkurrenten der DB Fernverkehr AG bei hochbelasteten Strecken vorsehen.

Minister Bernreiter hatte bereits vor der offiziellen Entscheidung unter anderem auch als Mitglied im Eisenbahninfrastrukturbeirat bei der Bundesnetzagentur gewarnt und führt nun aus: „Ich bedauere, dass weder meine Bedenken noch die vieler anderer Stimmen und Stellungnahmen bei der Bundesnetzagentur Gehör gefunden haben. Wir müssen jetzt schauen, wie konkret die DB InfraGO AG die Umsetzung dieser Maßgabe bis zum Herbst angeht. Wir werden uns dann auch bei der nächsten Verkehrsministerkonferenz intensiv damit auseinandersetzen.“

Der Fernverkehr muss aus Sicht des Ministers nicht nur große Metropolen verbinden, sondern auch Oberzentren anbinden, wie etwa Bamberg oder Ingolstadt. Minister Bernreiter: „Neue Anbieter wollen in erster Linie finanziell lukrative Strecken bedienen und Direktverbindungen anbieten, vor

allem zwischen den deutschen Millionenstädten. So eine Rosinenpickerei geht gar nicht! Neue Trassenvergaben dürfen nicht zu Einschnitten in Bayern führen. Dem Fernverkehr muss auferlegt werden, dass die Regionen in der Fläche angebunden sind. Notfalls muss der Bund den Schienenpersonenfernverkehr bestellen und die Fernverkehrshaltstellen und deren Bedienfrequenz festlegen. So passiert es auch in anderen Teilen Europas mit dem Fernverkehr, und so bestellen auch die Länder den Schienenpersonennahverkehr. Auch dann herrscht Wettbewerb!“

Der Minister fordert zudem insbesondere besseren Schutz für das Angebot im Schienenpersonennahverkehr: „Der Regional- und S-Bahnverkehr darf nicht zwischen den verschiedenen Fernverkehrswünschen zerrieben werden, dafür ist er für alle Wirtschafts- und Wohnstandorte viel zu wichtig.“ Bernreiter sieht da vor allem die Gefahr, dass in den wichtigen Bahnknoten wichtige Verstärkerzüge zur Hauptverkehrszeit zugunsten zusätzlicher Fernverkehrsangebote zum Opfer fallen würden, weil sie nicht zu den Taktverkehren zählen. „Dann drohen uns überfüllte Züge, Bahnsteige und Zuwege sowie noch mehr Verkehr auf den Straßen durch diejenigen, die auf den Pkw umsteigen.“

Ganz wesentlich ist es, dass mehr Wettbewerb nicht auf Kosten der Fahrgäste geht. Minister Bernreiter: „Es braucht klare Regeln, damit die Passagiere keinen Nachteil bei den Tickets haben. Aktuell ist es ein großes Plus, dass man flexible Tickets buchen kann, bei Störungen Zugbindungen aufgehoben werden und man attraktive Rabattkarten wie die unterschiedlichen Bahncards nutzen kann. Das muss auch gehen, wenn sich mehr Unternehmen am deutschen Fernverkehrsmarkt tummeln als jetzt. Wir brauchen weiter durchgängige Tickets – sowohl zwischen verschiedenen Anbietern als auch zwischen Fern- und Nahverkehr!“ All das wird auch Inhalt der bayerischen Bundesratsinitiative sein, kündigt Minister Bernreiter an.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

<https://www.bayern.de/bundesratsinitiative-fernverkehr-auch-in-der-flaeche>